Kleine politische Nachrichten. Aus Dünkirchen wird gemeldet: Unter den Oelarbeitern sind neuerdings Unruhen ausgebrochen. Es wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. — In der französischen Deputiertenkammer erklärte der Ackerbauminister Ruau bei der Generalberatung des Budgets des Ackerbauministeriums, daß die Krise im Weinbau sich vermindert habe. Es werden alle Weinfälschungen streng unterdrückt. — Mehrere Hoch- und Mittelschulprofessoren haben gegen den Erzbischof von Paris, Monsignore Amette, vor dem Zivilgericht einen Prozeß angestrengt, weil Amette als Mitunterzeichner des jüngsten Hirtenbriefs des französischen Episkopats den Gebrauch der von ihnen verfaßten Lehrbücher „in der entschiedensten und beleidigendsten Weise" untersagt hatte. Jeder einzelne Kläger beansprucht eine Entschädigung von 10 000 Frank. — Wegen der lärmenden Protestkundgebungen der royalistischen nationalen Pariser Studentenschaft gegen die Wiederernennung des Professors Lyon Caen zum Dekan der juristischen Fakultät und wegen der hierdurch hervorgerufenen Raufereien und Ruhestörungen hat der Unterrichtsminister verfügt, daß diese Fakultät bis zum 12. Januar 1910 geschlossen bleibt. — Die italienische Ministerkrise ist noch immer nicht gelöst. Wie die Blätter mitteilen, ist das Unterrichtsportefeuille dem radikalen Abgeordneten Credero angeboten worden, der es jedoch abgelehnt hat. — Der russische Finanzminister Kokowzew hielt im Ministerrat einen Vortrag über seine Reiseeindrücke im Osten. Man kam zu dem Resultat, daß Japan trotz seiner großen Rüstungen keinen Krieg mit Rußland provozieren wolle, wohl aber, daß Japan sich vorbereite, allernächstens gewisse Abmachungen und Verpflichtungen zu brechen, wodurch ein neues Chaos drohe. Vor allem soll die vollständige Annexion Koreas durch Japan bevorstehen. — Wie aus Tanger berichtet wird, hat der Bruder Muley Hafids, Muley Kebir, sich in Tezza zum Sultan proklamieren lassen. Sein Bruder hatte ihm bereits früher einmal verziehen, nachdem er unter ähnlichen Umständen versucht hatte, Sultan zu werden. — Ausständige Eisenbahner im Staate Jowa (Vereinigte Staaten) sprengten ein Wohnhaus mittels Dynamit, in welchem Streikbrecher abgestiegen waren. Mehrere Personen sind tödlich verletzt worden.

Rußland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Budgetprovisorium.

Wien, 9. Dezember. Bei der fortgesetzten Beratung des Budgetprovisoriums im Abgeordnetenhaus erklärte Chiari, das Bündnis mit dem Deutschen Reiche bilde eine Garantie des Friedens. Die Deutschen in Oesterreich wünschten das Parlament und kein absolutistisches Regime. Bei beiderseitigem guten Willen könne ein Zusammenleben sehr wohl ermöglicht werden. Auch zu Kompensationen seien die Deutschen bereit.

Prozeß Friedjung.

Wien, 9. Dezember. Heute begann der große politische Monsterprozeß von mehr als 50 kroatischen Abgeordneten gegen den Historiker Dr. Friedjung und den verantwortlichen Redakteur der Reichspost wegen Beleidigung. Der verantwortliche Redakteur der Reichspost, Ambrosi, und Dr. Friedjung bestritten jede Schuld. Friedjung machte aufsehenerregende Mitteilungen über eine großserbische Propaganda serbischer Minister und Politiker.

Eine ewige Krise.

Wien, 9. Dezember. Wekerle wurde in einstündiger Audienz vom Kaiser empfangen. Ein Resultat ist wiederum nicht erzielt worden.

In hiesigen wohlinformierten politischen Kreisen verlautet, daß Wekerle, da alle Versuche zur Bildung eines neuen Uebergangsministeriums gescheitert sind, selbst an die Spitze eines Uebergangsministeriums treten wird. Diesem Ministerium wird auch Kossuth angehören; dagegen dürfte der Minister des Innern, Andrassy, zurücktreten.

England.

Volk und Lords.

London, 9. Dezember. Sehr stürmisch verlief eine Massenversammlung in dem nahe London gelegenen Barking, wo Lord Dunmare für den konservativen Kandidaturen eintrat. Die Zuhörer schrien unaufhörlich: „Nieder mit den Pairs!" und unterbrachen den Redner mit Zwischenrufen und Hochrufen auf Lloyd George. Auch andere Redner konnten sich kein Gehör verschaffen.

Türkei.

Die Kretanote.

London, 9. Dezember. Die Antwortnote der Mächte an die türkische Regierung sagt, die Schutzmächte seien der Ansicht, daß der jetzige Augenblick zur Eröffnung diplomatischer Verhandlungen über die Einführung eines selbständigen Regimes auf Kreta schlecht gewählt sei. Der Stand der Unterhandlungen habe seit der Räumung der Insel durch die internationalen Truppen keine Veränderungen erfahren. Sollten irgendwelche Aenderungen erfolgen, so würden die Mächte sich gezwungen sehen, entsprechend der Note vom 15. Juli über die Oberhoheitsrechte des Sultans einzuschreiten. Außerdem würde durch neue Verhandlungen über die kretische Frage die öffentliche Meinung in hohem Grade aufgeregt und dadurch gefährliche Verwicklungen herbeigeführt werden.

Reichsfinanzen und Getreidezölle.

Professor Lujo Brentano veröffentlicht in der Ostsee-Zeitung vom 1. Dezember d. J. einen bemerkenswerten Artikel, worin er den nicht genug gewürdigten verhängnisvollen Zusammenhang zwischen agrarischen Schutzzöllen und dem deutschen Finanzelend darlegt. Nachdem er statistisch festgestellt hat, daß Deutschland nicht imstande ist und imstande sein wird, seinen ganzen Getreidebedarf auf deutschem Boden zu erzielen, sondern daß im Gegenteil die landwirtschaftlich benutzte Fläche trotz der stark steigenden Bevölkerung ständig abnimmt und eine weitere Steigerung der Ernteerträge nur durch Heranziehung immer unfruchtbarerer Böden möglich ist, was wieder infolge des wachsenden Kostenaufwands schließlich unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkte in Frage stellen müsse, führt er weiter aus:

Dazu kommt noch ein anderes. Seit Jahren leiden Reich und Einzelstaaten unter chronischer Finanznot. Eine Finanzreform nach der anderen ist versucht worden und fehlgeschlagen. Das Deutsche Reich wie die meisten Bundesstaaten können heute ohne Schuldenmachen nicht auskommen. . . . Der Grund ist, daß das deutsche Volk infolge unserer Wirtschaftspolitik so belastet ist, daß es nicht möglich ist, bei Fortbestand dieser Politik den steigenden Staatsbedarf durch Steuern zu bestreiten. Der Grund ist, daß unser bestehendes Zollsystem dem Staatsbürger weit größere Opfer auferlegt, als dem öffentlichen Haushalte zugute kommen. Als Folge bleibt den Finanzministern nichts übrig, als die Zukunft zur Deckung der Bedürfnisse der Gegenwart heranzuziehen. Ein wesentlicher Faktor, der dies bewirkt, sind die Getreidezölle. Im Jahre 1908 haben die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer dem Reiche 106 131 459 M. gebracht. Aber der eingeführte Roggen betrug nur 1,9 Proz. des deutschen Roggenverbrauchs. Der Verbrauch von Brotgetreide hat sich nämlich vom Roggen mehr und mehr dem Weizen zugewandt. Im Durchschnitt der Jahre 1893/1900 kamen 150,56 Kilogr. Roggen und 88,3 Kilogr. Weizen auf den Kopf der deutschen Bevölkerung, im Durchschnitt der Jahre 1901/07 nur mehr 148,27 Kilogr. Roggen, dagegen 93,6 Kilogr. Weizen, im Jahre 1907/08 142,4 Kilogr. Roggen und 90,7 Kilogr. Weizen. 98,1 Proz. des im Jahre 1908 verbrauchten Roggens wurden im Inlande erzeugt, gegen nur 60,2 Proz. des verbrauchten Weizens, und von den 8 222 131 Tonnen Hafer, die verbraucht wurden, wurde gar nichts eingeführt. Nun ist es unbestritten, daß seit Aufhebung des Identitätsnachweises der Inlandpreis allen Getreides um den ganzen Betrag des Zolls über dem Weltmarktpreis steht. Rechnen wir, daß ein Fünftel der 63 219 000 Bewohner des deutschen Zollgebiets selbstgebautes Getreide verbraucht, eine Annahme, die eher zu hoch ist, so mußten die übrigen 50 575 200 Personen 934 635 220 M. mehr ausgeben, wovon 828 503 761 M. in die Taschen Privater geflossen sind. Das, was die gedachten Zölle im Jahre 1908 dem Reiche eingebracht haben, hat den Steuerzahler allerdings nur mit 2,09 M., das aber, was er infolge derselben hat mehr zahlen müssen, hat ihn mit 18,46 M. pro Kopf der Bevölkerung belastet. Ebenso ist's mit allen übrigen Schutzzöllen. Je höher der Zoll und je geringer dementsprechend die Einfuhr ist, um so größer ist die Belastung des Steuerzahlers zugunsten Privater. Dem Reiche bringt sie nicht nur bloß Unerhebliches ein, sondern sie schädigt es geradezu, indem sie die Fähigkeit des Steuerzahlers zur Zahlung anderer Steuern vermindert. . . .

Volkswirtschaft.

Eine Boykottbewegung von Detailhändlern.

k. Die Versuche, auch die Detailhändler zu sogenannten Abnehmerkartellen zusammenzuschließen, um der willkürlichen Festsetzung von Preisen und Lieferungsbedingungen durch die Kartelle der Fabrikanten entgegenzutreten, haben mannigfache Erfolge gezeitigt. Namentlich solchen Kartellen gegenüber, die nicht durch Zusammenfassung weniger Riesenbetriebe errichtet sind, oder die nicht gar durch die Beherrschung der Produktion von Rohstoffen eine tatsächliche Monopolstellung besitzen, konnten die Abnehmerverbände ihren Wünschen gewisse Geltung verschaffen. Zu einem solchen Abnehmerkartell hatte sich der Verband deutscher Detailgeschäfte in der Textilbranche mit dem Verband der Waren- und Kaufhäuser vereinigt; es gelang den verbündeten Vereinen mehrfach, mit Fabrikantenverbänden Verträge abzuschließen, in denen ihnen die Fabrikanten entgegen früheren Bedingungen Konzessionen zugestehen mußten. Nun verlautete vor einiger Zeit, daß die Interessengemeinschaft zwischen dem Verband der Detailgeschäfte in der Textilindustrie und dem Verband der Warenhäuser gelöst worden sei und daß fortan ein Zusammengehen nur von Fall zu Fall stattfinden werde.

Neuere Vorgänge bestätigen, daß die Konkurrenz zwischen den Warenhäusern und den dem Verbande der Detailgeschäfte in der Textilindustrie angehörenden Detailbetrieben nicht nur zur Beseitigung des zeitweiligen Vertragsverhältnisses, sondern zu Differenzen und Kämpfen untereinander von neuem geführt hat. Die Warenhäuser lehnten das Verlangen des Verbandes der Detailgeschäfte ab, darauf zu verzichten, Maschinengarn, wie verschiedene Warenhäuser es zu tun pflegen, als Animierartikel, d. h. zu dem Selbstkostenpreise oder nur mit einem ganz geringen Preisaufschlag zu verkaufen. Gegen die Praxis der Warenhäuser, zur Reklame verschiedene Artikel zu Preisen, die keinen Nutzen ließen, anzubieten, ist besonders in früheren Jahren heftiger Widerspruch aus den Kreisen der Detailhändler erhoben worden, wenngleich die Behauptung, daß die Warenhäuser erst solche Geschäftsmethoden eingeführt haben, durchaus hinfällig war und ist. Lange vor Errichtung der großen Warenhäuser haben kleine Detailgeschäfte Kundschaft auf derartige Weise anzulocken versucht, schließlich läuft auch die Verteilung von Zugabeartikeln auf dasselbe System hinaus. Um die Warenhäuser, die ihrem Umfang entsprechend auch die Anpreisung von Animierartikeln im großen Stil betreiben können und dabei sehr wohl auf ihre Kosten kommen, zur Aufgabe dieser Praxis zu zwingen, hat der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche mit Unterstützung anderer Abnehmerverbände von den Nähgarnfabrikanten die Einführung von Mindestpreisen für Maschinengarne im Detailverkauf verlangt. Die Fabrikanten sollen sich also verpflichten, denjenigen ihrer Abnehmer, die die Mindestpreise im Verkauf nicht beachten wollen, kein Maschinengarn zu liefern. Nach Mitteilung des Verbandes der Detailgeschäfte hat sich eine der größten deutschen Fabriken von Garn, die Zwirnerei Göggingen, „in der Angelegenheit der Nähgarnfrage auf die Seite der Warenhäuser gestellt", der Verband will daher gegen diese Fabrik mit Maßnahmen vorgehen, die eine Aenderung ihres Verhaltens bewirken sollen. Ueber die Zwirnerei Göggingen soll also von dem Verband der Detailgeschäfte in der Textilbranche und den ihnen befreundeten Abnehmerverbänden der Boykott verhängt werden, um sie zu zwingen, den Warenhäusern, die sich zu Mindestpreisen nicht verstehen wollen, in Zukunft Lieferungen zu sperren.

Ob den Vereinigungen der Detailgeschäfte dieses Vorgehen glücken wird, dürfte sehr zweifelhaft sein, sie übersehen vielleicht, daß in den erfolgreich geführten Verhandlungen der Abnehmerverbände mit den Fabrikantenkartellen ihre Stellung nicht zuletzt durch die Macht der großen Warenhäuser gestützt wurde. Bemerkenswert an dieser Aktion der Detailhändlervereinigungen ist, daß dieselben Herrschaften, die zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Boykott greifen, zumeist die kleinlichsten Gegner der Organisationen der Handelsangestellten und Arbeiter sind, die sie mit ihrem Haß beehren.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 10. Dezember, vormittags 9½ Uhr.

Unter den Registranden-Eingängen befinden sich ein Antrag des Abg. Dr. Roth (freis.) und Genossen auf Neuregelung des Beamtenrechts, die Begründung des leitend des Liberalen Vereins zu Radeberg eingelegten Wahlprotestes gegen die Wahl des Abg. Knoblech im 3. städtischen Wahlkreise, und eine weitere Begründung des Wahlprotestes des Nationalliberalen Vereins zu Burgstädt gegen die Wahl des Abg. Dr. Roth (freis.) im 13. städt. Wahlkreise.

Auf der Tagesordnung steht lediglich die allgemeine Vorberatung über das Dekret Nr. 19 über den Entwurf eines Gesetzes betreffend einige Abänderungen der Pensionsgesetze für die evangelisch-lutherischen Geistlichen.

Kultusminister Dr. Beck bezeichnet die Vorlage als eine Folge des Beschlusses des letzten Landtages über die Besoldungsordnung. Die Vorlage konnte damals nicht mit verabschiedet werden, da sie erst nach Schluß des Landtags fertig gestellt werden konnte. Während die Beamten und Lehrer sofort in den Genuß der Erhöhung getreten sind, ist dies für die evangelischen lutherischen Geistlichen nicht geworden, da das Gesetz, das gewisse Ungleichheiten beseitigen soll, rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1909 erhalten soll. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu dem Gesetze, dessen finanzielle Tragweite nur von geringer Bedeutung ist.

Abg. Dr. Löbner (natl.):

Die Bestimmung des Gesetzes ist zweifellos klar und ihre Begründung einleuchtend. Bei der geringen finanziellen Bedeutung hatte ich persönlich vor, sofort Schlußberatung zu beantragen, es sind aber doch dagegen Bedenken geäußert worden, weshalb ich Ueberweisung der Vorlage zur weiteren Beratung an die Finanzdeputation beantrage.

Vizepräsident Opitz (kons.) regt an, in der Deputation zu erwägen, ob es nicht möglich sei, daß denjenigen Geistlichen, die während ihrer Amtierung durch Pfründe ein sehr hohes Einkommen beziehen, bei ihrer Amtsniederlegung das Einkommen für die Pensionierung zugrunde gelegt wird, das sie ausschließlich vom Staate bezogen haben.

Abg. Kaiser (Soz.)

Es ist nicht meine Absicht, auf Einzelheiten der Vorlage einzugehen. Wir Sozialdemokraten stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß der Staat sich nicht in Gewissensfragen einzumischen und sich nicht in die Besoldungsverhältnisse der Geistlichen der einzelnen Religionsgemeinschaften einzulassen hat. Religion ist Privatsache, das ist unsere Ansicht. Der sächsische Staat hat diese Forderung allerdings bisher nicht innegehalten, er hat einzelne Religionsgemeinschaften begünstigt, indem er sie anerkannte und als Landeskirche akzeptierte, während er andere Religionsgemeinschaften nicht anerkannte. Auch zwingt er einzelne Staatsbürger, die außerhalb der Kirche stehen, daß deren Kinder am Religionsunterricht teilnehmen müssen. Wir wollen aber nicht, daß gewisse Religionsgemeinschaften begünstigt und ihnen auf Staatskosten Vorteile zugesichert werden.

Im Etat für 1910/11 sind gemeinsam 4 Millionen Mark für Kultuszwecke eingestellt, davon entfallen allein auf Pensionszwecke für die evangelisch-lutherischen Geistlichen und deren Hinterlassene, soweit ich augenblicklich orientiert bin, 1 590 000 M. und auf Zulagen für Geistliche 1 950 000 M. Diese Zuwendungen des Staates an einzelne Religionsgemeinschaften sind also ganz beträchtlicher Art. Der Entwurf will ihnen aber außerdem noch besondre Vorteile sichern; er bezweckt, daß die Leistungen der Geistlichen zum Emeritierungsstand auf Kosten des Staats herabgesetzt werden sollen. Dazu liegt um so weniger Veranlassung vor, als durch die Verordnung vom 19. Februar 1909 die Lage der Geistlichen wesentlich günstiger geworden ist. Wir werden deshalb aus prinzipiellen und sachlichen Gründen gegen die Vorlage stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bisch (freis.):

Wir haben uns auch die Frage vorgelegt, ob es nicht richtiger ist, daß die Ungleichheiten gänzlich beseitigt werden. Aber wir verkennen durchaus nicht, daß eine Menge komplizierter Rechtsschwierigkeiten vorliegt. Vielleicht lassen sich aber schon dadurch etwas die Ungleichheiten durch Fortsetzung der Staffel ohne Rücksicht auf das Alter beseitigen. Dies verdient unserer Ansicht nach, beachtet zu werden, und deshalb stimmen wir dem Antrage auf Ueberweisung des Dekrets an die Finanzdeputation A zu.

Nach einer kurzen Bemerkung des Kultusministers Dr. Beck wird darauf der Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an die Finanzdeputation A überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Allgemeine Vorberatung des Antrages des Abg. Brodauf (freis.) betr. Neuregelung der Bestimmungen über die Ruhe an Sonn- und Feiertagen durch Einschränkung der stillen Zeit vor Ostern. 2. Allgemeine Vorberatung des Antrages des Abg. Günther (freis.) betr. Revision des Feld- und Forststrafgesetzes.

Wetterbericht von der Wetterwarte an der Augustusbrücke
am 10. Dezember, mittags 12 Uhr.

Barometer: 758. Schön Wetter.
Thermometer: + 2° R.
Thermometrograph: Min. — 0, Maxim. + 2
Hygrometer: 80°.
Wasserstand: — 78.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 11. Dezember 1909.

Oestliche Winde; heiter; kälter; vorwiegend trocken.

Letzte Telegramme.

Prozeß Friedjung.

Wien, 10. Dezember. Friedjungs Mitteilungen über großserbische Umtriebe wirkten geradezu sensationell, denn es handelt sich hauptsächlich um Sitzungsprotokolle und Kassenausweise der revolutionär-serbischen Vereinigung Slowenski Jug (Slawischer Süden). In diesen Kassenausweisen findet sich der Name des kroatischen Abgeordneten Franz Supilo mit genauer Angabe der von ihm bezogenen Summen. Er erhielt in mehreren Jahren zusammen 14 000 Kronen. Auch drei andere kroatische Abgeordnete sind durch diese Ausweise schwer kompromittiert, zugleich ein Agramer serbisches Blatt, Srbobran. Aus dem Protokoll des Slowenski Jug ergibt sich eine genaue Charakteristik seines Verhältnisses zur serbischen Regierung. Der ehemalige Minister Pasitsch erscheint darin als Inspirator oft genannt, und in seinem Namen wurden dem Slowenski Jug die für Supilo und Konsorten bestimmten Bestechungen aus der serbischen Staatskasse bewilligt. Der Slowenski Jug verlangte ferner die Aufstellung von Banden an der bosnischen Grenze und erwog den Plan, in Bosnien die Brunnen zu vergiften.

Serbische Staatsdiener.

Wien, 10. Dezember. Wie die Belgrader Stampa meldet, wurde der Beamte des serbischen Finanzministeriums, Jefta Sotric, wegen einer Defraudation von 12 000 Dinaren verhaftet. Er erklärte, daß die Gelder auf Befehl des Ministers Pasitsch und eines Sektionschefs zur Agitation in Bosnien verwandt wurden. Seine Angelegenheit gelangt am 15. Dezember in Belgrad zur Verhandlung.

Klerikales.

Paris, 10. Dezember. In Orme sur Marne weigerten sich 12 Schulknaben, aus einem von den Bischöfen verbotenen Lehrbuche der Geschichte über die Reformation zu lernen und verließen auf Befehl ihrer Eltern die Schule. Aehnliche Vorfälle werden noch aus einigen Ortschaften in der Nähe von Reims gemeldet.

Paris, 10. Dezember. Vor dem Zuchtpolizeigericht zu Amberi begann auf Grund des Trennungsgesetzes ein Prozeß gegen den Pfarrer Tizier, der in der Kirche mehrere Volksschullehrer angegriffen und erklärt hatte, daß diejenigen Schulkinder, die kirchenfeindliche Schulbücher benutzten, zur Firmung nicht zugelassen werden sollten.

Spanien und Marokko.

Madrid, 10. Dezember. Der Minister des Aeußern hat die scherifische Gesandtschaft empfangen. Der Minister erklärte der Gesandtschaft, daß die Erfolge der Spanier im Rifgebiet, wo die scherifische Macht nur selten Anerkennung gefunden habe, für die marokkanische Regierung von Vorteil seien. Die Unterwerfung des Rifgebiets habe jede Möglichkeit einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Spanien und dem Machsen beseitigt.

Das heutige Blatt umfaßt 18 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19091210/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG